

Wahlprüfsteine

1. Rüstungsexportpolitik (aus Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel)

Frage 1

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?

Das Verbot sämtlicher Rüstungsexporte, also nicht nur derjenigen in so genannte „Krisengebiete“, steht ganz oben auf meiner persönlichen Prioritätenliste Als Partei DIE LINKE sind wir die einzige konsequente Friedenspartei im Bundestag. Wir unterstützen deshalb auch die Forderung der Aktion Aufschrei, ein Verbot in Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes festzuschreiben. Darüberhinausgehend setze ich mich für ein Verbot der gesamten Rüstungsproduktion in Deutschland ein. Der menschliche Erfindergeist muss - statt in den Bau noch wirksamerer Zerstörungswerkzeuge - in die Produktion von Gütern gesteckt werden, die den Menschen und der Umwelt dienen, zum Beispiel Minenräumergeräte, Entgiftung von Luft, Erde, Wasser... Es gibt so viele wichtige Aufgaben für ein gutes Leben für alle. Die wollen wir anpacken.

Frage 2

Setzen sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontroll-Gesetz zusammengeführt werden?

Ja, denn das Grundgesetz braucht wirksame Durchführungsbestimmungen in Form von Gesetzen. DIE LINKE begrüßt die Initiative, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu verabschieden. Bereits im März 2011 haben wir im Antrag „Alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern stoppen“ (Drucksache 17/5039) die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ein Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geregelt wird. Dieser Antrag wurde dann sowohl von der Regierungskoalition, als auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Die bisher vorliegenden Formulierungen einer „Rüstungsexport-verhinderung“ erlauben trotzdem alle momentanen Waffenexporte: Insbesondere die Umschreibung, die Bundesregierung würde „grundsätzlich keine Waffenexporte genehmigen wenn ...“, ist doch nur eine juristische Finte. Unwirksame Formulierungen in Gesetzesrang zu erheben macht diese nicht wirksam, auch wenn SPD und Grüne mit solchen Tricks hausieren gehen. Stattdessen müsste ein solches Gesetz vielmehr mit seinen Bestimmungen ein vollständiges Waffenexportverbot regeln.

Frage 3

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?

Ja, unbedingt. Und für die Überwachung und Durchsetzung dieses Gesetzes braucht es sehr strikte Kontrollen und hohe Geldstrafen bei Verstößen. Das Kleinwaffen-Exportverbot muss uneingeschränkt gelten. Ausnahmen, zum Beispiel für NATO-Staaten, sind grundfalsch: Sie bieten ein Schlupfloch für die Weitergabe deutscher Kleinwaffen an Zwischenhändler in anderen Staaten.

Frage 4

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?

Ja, selbstverständlich. Deutsche Firmen verkaufen nicht nur Waffen, sondern sogar ganze Waffenfabriken - schlüsselfertig samt Maschinen, Fertigungsunterlagen und Ausbildung. Zwar brauchen die Firmen für die Ausfuhr von Produktionszeichnungen, Fertigungsunterlagen oder Herstellungsmaschinen eine Genehmigung der Bundesregierung. Ist eine Fabrik aber erst einmal aufgebaut, kann das entsprechende Land über viele Jahrzehnte die entsprechende Waffe oder Munition selbst produzieren und diese wiederum exportieren. Solche Waffen werden über viele Jahrzehnte weltweit im Umlauf sein. DIE LINKE ist für ein Verbot aller Lizenzvergaben von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Diese Forderung ist eine von vier Teilverbotsforderungen der Fraktion DIE LINKE auf dem Weg zu einem Totalverbot von Rüstungsexporten.

Frage 5

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?

Natürlich! Der Missbrauch von Steuergeldern, um Unternehmen Profite mit Tötungswerkzeug zu ermöglichen, ist eine Schande gerade für Deutschland und muss vollständig und umgehend verboten werden. Dieser Missbrauch ist zudem eine Enteignung der Menschen hier, die mit übergroßer Mehrheit keine Kriege wollen, und lieber Schulen, Straßen und Gesundheitsversorgung mit ihrem Geld finanzieren wollen. Es müssen sowohl die Vor-Finanzierung oder finanzielle Absicherung mit Steuergeldern (Hermes-Bürgschaften) als auch die Gewährung von Ausbildungsleistungen an solchen Waffen in den Empfängerländern gesetzlich verboten werden.

2. Verhältnis Deutschland/Europa – Russland

Frage 6

Stimmen Sie mit der Einschätzung überein, dass Russland die Krim aus nationalen wie militärischen Gründen keinesfalls an die Ukraine zurückgeben wird? Wenn ja, wie stellen Sie sich unter dieser Voraussetzung das zukünftige Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland vor?

Die Krim hat sich völkerrechtskonform von der Ukraine losgesagt, Russland hat die Krim nicht annektiert, wie immer behauptet, aber von Völkerrechtlern bestritten wird. Russland kann deshalb diese Sezession nicht rückgängig machen, die Krim nicht „zurückgeben“. Sie würde es auch nicht, denn die Krim und mit ihr der Zugang zum Schwarzen Meer sind geostrategisch überlebenswichtig für die Russische Föderation. Die NATO hat unter aktiver Mitwirkung der deutschen Regierung entgegen der Verträge ihr Machtgebiet nach Osten erweitert, NATO und EU bedrängen und bedrohen Russland massiv wirtschaftlich und militärisch. Wir sehen Deutschland angesichts des mörderischen Krieges, den es vor 75 Jahren über die Sowjetunion gebracht hat, auch in einer besonderen historischen Verantwortung gegenüber Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Wir wollen das deutsch-russische Verhältnis entschieden verbessern. Deutschland muss im Rat der EU die Sanktionen gegen die Russische Föderation ablehnen. DIE LINKE tritt für die Stärkung der OSZE als wichtiges Format der gesamteuropäischen Kooperation ein. Wir brauchen neue vertragliche Grundlagen für die Beziehungen zwischen Deutschland beziehungsweise der EU und Russland. Dazu gehört auch eine Vereinbarung über gegenseitige Visafreiheit. Es sollen Vereinbarungen über Studienförderung und Studierendenaustausch getroffen werden. Ein Vertrag sowie die Aufwendung erheblicher finanzieller Mittel für einen gesamteuropäischen Jugendaustausch – ähnlich vielleicht wie der über das deutsch-französische Jugendwerk der sechziger Jahre - würde eine neue Etappe gesamteuropäischer Politik für junge Menschen erfahrbar machen.

Frage 7

Sind sie der Meinung, dass die großen internationalen Fragen (Ost-Ukraine, Syrien, internationaler Terrorismus...) nur mit, nicht gegen Russland gelöst werden können?

Die historische und aktuelle Verantwortung Deutschlands an Krieg und Terror in der Welt, an der Entwicklung in der Ukraine, erzwingt geradz, mit Russland gemeinsam friedliche Konfliktlösungen zu finden. Es liegt im lebenswichtigen Interesse der Menschen in Deutschland und Europa, angesichts der konventionellen und atomaren Hochrüstung für Abrüstung und Entspannung zu sorgen.

Frage 8

Stimmen Sie der Einschätzung zu, dass Druck von Seiten der NATO und der EU die Positionen der russischen Regierung nur verhärten kann und somit die Lösung anderer drängender Weltprobleme verhindert?

Die wirtschaftliche und militärische Bedrohung Russlands durch NATO und EU führt nur dank kluger russischer Diplomatie noch nicht zu militärischen Auseinandersetzungen. Die russische Regierung lässt aber auch klar erkennen, dass sie auf weitere Aggressionen und Bedrohung der Sicherheit ihres Gebietes und Bevölkerung entschieden antworten muss. Die Eskalation des neuen Kalten Krieges durch den Westen kann zur atomaren Katastrophe in Europa führen.

3. Flüchtlingssituation

Frage 9

Was sind Ihre Vorschläge für eine Bekämpfung von Fluchtursachen?

Die Menschen müssen aus ihren Ländern fliehen, weil Kriege, Armut oder eine zerstörte Natur sie dazu zwingen. Die reichen Länder des „Westens“, Deutschland ganz vorne dabei, verdienen an den teils eigens geschürten oder verschärften bewaffneten Auseinandersetzungen nicht nur, indem sie ihre Waffen dort gewinnbringend unter die Gruppen bringen. Die kapitalistische Wirtschaft der reichen und entwickelten Staaten zerstört die Lebensgrundlagen, die Binnenwirtschaft und die sozialen und politischen Strukturen anderer schwächerer Länder, um dort Bodenschätze, Mensch und Natur auszubeuten.

DIE LINKE will Rüstungsexporte grundsätzlich verbieten. Handelsabkommen der EU mit Ländern des Südens zwingen diese, ihre Zölle für unsere Produkte zu beseitigen und damit die Existenzgrundlagen für die eigenen lokale Produzenten zu zerstören. Solche Abkommen wollen wir aussetzen und neu verhandeln. Zugleich gibt es bisher kaum verbindliche Regeln, die Investoren aus dem Norden zwingen, Arbeits- und Sozialstandards im Süden einzuhalten. DIE LINKE unterstützt den sogenannten Treaty-Prozess im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zur verbindlichen Sanktionierung von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen. Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit verstärken. Deutschland muss sich an das vor Jahrzehnten verabredete Finanzierungsziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens halten und die Länder des Südens stärker dabei unterstützen, wirtschaftliche Perspektiven für die Menschen zu schaffen.

Um Fluchtursachen wirksam und nachhaltig zu bekämpfen, braucht es neben einem Verbot von Rüstungsexporten und –produktionen in Deutschland eine Wirtschaft, die Mensch und Natur dient und nicht den Profitinteressen weniger, die buchstäblich über Leichenberge aus Verhungerten, Ertrunkenen und gewaltsam Getöteten gehen.

Frage 10

Die Sorge vieler Flüchtlinge um ihre engsten Angehörigen, die oftmals noch in den Herkunftsländern bzw. in den Nachbarregionen zurückgeblieben sind, ist sehr belastend und kann Integration verhindern.

Wie stehen Sie zum Familiennachzug bzw. zu Aufnahmekontingenten für Familienangehörige von hier in Deutschland lebenden Geflüchteten.

Der Familiennachzug muss umfassend, zügig und unabhängig vom zuerkannten Schutzstatus rechtlich abgesichert vollzogen werden können. Für Verwandte, die nicht Ehepartner oder Eltern minderjähriger Flüchtlinge oder deren Geschwister sind, sollte es darüber hinaus Möglichkeiten zur Aufnahme geben. Diesbezügliche

Kontingentregelungen haben gezeigt, dass der Familiennachzug oft an der Bedingung des eigenständigen Lebensunterhaltes scheitert. Auch hier zeigt sich: Ohne eine menschliche Wirtschaftsordnung ist eine unkontingentierte Menschlichkeit nicht möglich!

4. Palästina

Frage 11

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – wie zuletzt der Vatikanstaat - für eine Anerkennung eines Staates Palästina ein?

DIE LINKE spricht sich dafür aus, die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der Vereinten Nationen zu unterstützen. Deutschland sollte vorangehen und Palästina als unabhängigen Staat diplomatisch anerkennen.

Frage 12

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Beendigung der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete einsetzen?

Für uns LINKE gilt, dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber jüdischem Leben in Deutschland sowie dem Staat Israel hat. Gleichermäßen tritt DIE LINKE für das Ende der Besatzung der palästinensischen Gebiete und das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung in einem lebensfähigen Staat ein. Maßstab ist für uns das internationale Völker- und Menschenrecht, das für alle Staaten und Konfliktparteien zu gelten hat. Um die Lebensfähigkeit einer palästinensischen Staates garantieren zu können, muss dieser über völkerrechtlich abgesicherte Grenzen sowie freie, sichere Verkehrswege zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen verfügen und die Kontrolle über seine eigenen Ressourcen innehaben. Ein zwischen beiden Parteien geschlossenes Friedensabkommen muss das Ende des israelischen Siedlungsbaus einschließen und eine Grenzziehung sollte auf der Grundlage von 1967 erfolgen. Außerdem müssen verbindliche Rückkehr- oder Entschädigungsregelungen für palästinensische Flüchtlinge gefunden werden.

Renate Schiefer

DIE LINKE